

# Bericht der Landesregierung; Evaluation; Gesetzesfolgenabschätzung; Landesbeauftragter; Landesministerium; Landesregierung; Rechtsvorschrift

Landtag von Baden-Württemberg

Drucksache: 17/10338 | Datum: 2026-03-27 | Fraktion(en): SPD | GWÖ-Score:  
7.0/10

[+] **Empfehlung:** Unterstützen mit Änderungen

## Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert eine umfassende Bestandsaufnahme aller landesrechtlichen Dokumentations-, Berichts- und Evaluationspflichten – inklusive ihrer Zwecke, Adressaten, Frequenz, Formate und Sanktionen – sowie eine Übersicht über das Beauftragtenwesen der Landesregierung.

- Systematische Erfassung aller Berichtspflichten
- Zweckanalyse und Adressatenidentifikation
- Prüfung von Sanktionen und Formaten

## GWÖ-Treue

Score: 7.0/10

**Begründung:** Der Antrag zielt auf Transparenz, Bürokratieabbau und Verantwortungsabgrenzung ab – dies stärkt direkt die Werte Transparenz & Mitbestimmung (Spalte 5) sowie Menschenwürde (Spalte 1) durch Rechenschaftslegung. Er berührt vor allem die Berührungsgruppe C (Politische Führung, Verwaltung) und D (Bürger:innen und Wirtschaft), da er Auswirkungen auf Behördeninterne Prozesse und externe Pflichten kommunaler Akteure hat. Allerdings fehlt eine explizite Verknüpfung zu ökologischer Nachhaltigkeit oder sozialer Gerechtigkeit, weshalb Felder wie E3 oder D4 bleiben neutral.

**Schwerpunkte:** C5, C1, D5

## Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen		○			
B: Finanzen				○	
C: Führung/Verwaltung	++				++

	1	2	3	4	5
D: Bürger:innen					++
E: Gesellschaft/Natur					

**Legende:** ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

### Berührte Themenfelder

- **C5:** Ersuchen um systematische Aufklärung über Berichtspflichten [++]
- **C1:** Forderung nach Zweckprüfung und Sanktionsdarstellung [++]
- **D5:** Indirekte Stärkung durch Offenlegung von Verwaltungspflichten [++]
- **A2:** Kein Bezug zu Beschaffung oder Lieferketten [○]
- **B4:** Keine direkte Verbindung zu Daseinsvorsorge oder sozialer Absicherung [○]

### Programmtreue

---

#### SPD (Antragsteller)

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Der Antrag entspricht dem SPD-Wahlprogramm 2021, das sich für mehr Transparenz, Rechenschaft und bürgernahe Verwaltung einsetzt – insbesondere im Kontext der Verwaltungsmodernisierung und des Kampfs gegen unnötige Bürokratie. Die Forderung nach systematischer Erfassung von Berichtspflichten ist ein konkreter Schritt zur Umsetzung dieser Ziele.

**Parteiprogramm:** 8.0/10 — Das Hamburger Programm betont Demokratie als lebendigen Prozess, Rechenschaftspflicht und den Vorsorgenden Sozialstaat. Ein transparentes Berichtswesen stärkt die demokratische Kontrolle und ermöglicht bessere politische Steuerung – dies entspricht dem Grundwert der Solidarität als kollektive Verantwortung.

#### GRÜNE

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Der Antrag passt nahtlos zum grünen Wahlprogramm 2021, das ein modernes Transparenzgesetz, Auskunftsrechte ausweiten und Verwaltungskultur stärken will. Die systematische Erfassung von Berichtspflichten ist eine notwendige Vorarbeit für solche Reformen.

**Parteiprogramm:** 8.0/10 — Das Grundsatzprogramm 2020 verankert Demokratie und Partizipation als zentrale Werte. Eine klare Darstellung von Berichtspflichten fördert die Verständlichkeit staatlichen Handelns und schafft Grundlagen für Bürgerbeteiligung – dies entspricht dem Prinzip 'Demokratie als lebendiger Prozess'.

#### CDU

**Wahlprogramm:** 8.0/10 — Die CDU setzt sich im Regierungsprogramm 2021 für Bürokratieabbau und leistungsfähige Verwaltung ein. Der Antrag liefert eine methodisch fundierte Basis für solche Maßnahmen – insbesondere durch die systematische Erfassung von Pflichten und Sanktionen.

**Parteiprogramm:** 8.0/10 — Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Subsidiarität, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortung. Ein transparentes System von Berichtspflichten stärkt die Rechenschaftspflicht der Exekutive und ermöglicht eine effektivere Kontrolle – dies entspricht dem Staatsprinzip des Rechtsstaats.

## FDP

**Wahlprogramm:** 9.0/10 — Der Antrag entspricht vollständig der fdp-Position zu Digitalisierung und schlanker Verwaltung. Die Erfassung von Dokumentationspflichten ist ein Schlüsselschritt zur Identifikation von Bürokratiepotenzialen und zur Förderung von E-Government.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

## AfD

**Wahlprogramm:** 4.0/10 — Der Antrag enthält keine Aussagen zu Migration, Sicherheit oder Energiepolitik – Kernthemen des AfD-Wahlprogramms. Er ist technisch-administrativ neutral und daher nur marginal mit AfD-Prioritäten verknüpft.

**Parteiprogramm:** 0.0/10 — Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

## Verbesserungsvorschläge

### Original:

zu berichten, 1. welche landesrechtlichen Regelungen [...] Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten festlegen;

### Vorschlag:

zu berichten, **1. welche landesrechtlichen Regelungen [...] Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten festlegen; dabei soll insbesondere geprüft werden, ob diese Pflichten ökologische Ziele (z.B. Klimaschutzberichte) oder soziale Ziele (z.B. Gleichstellungsberichte) unterstützen oder behindern;**

Stärkt die GWÖ-Felder E3 (Ökologische Nachhaltigkeit) und D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch explizite Verknüpfung mit Gemeinwohlzielen.

### Original:

welchem Zweck die unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten jeweils dienen;

### Vorschlag:

welchem Zweck die unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten jeweils dienen; **insbesondere: Welche davon tragen zur Erreichung der Gemeinwohlziele gemäß der Gemeinwohl-Ökonomie-Matrix bei?**

Verankert die GWÖ als normatives Referenzsystem und macht den Gemeinwohlbezug systematisch prüfbar.

### Original:

welche natürlichen oder juristischen Personen [...] verpflichtet werden;

### Vorschlag:

welche natürlichen oder juristischen Personen [...] verpflichtet werden; **mit besonderem Augenmerk auf Kommunen, gemeinnützige Organisationen und kleine Unternehmen, um deren Belastung durch administrative Pflichten zu bewerten;**

Stärkt die Berührungsgruppe D (Bürger:innen und Wirtschaft) und unterstützt die GWÖ-Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit durch Fokus auf besonders belastete Akteure.

## Zusammenfassung

### Stärken

- Hohe Transparenzorientierung
- Systematische Erfassung von Verwaltungspflichten
- Konsensfähiges Thema querparteilich

### Schwächen

- Kein Bezug zu ökologischen oder sozialen Gemeinwohlzielen
- Keine konkrete Handlungsempfehlung zur Reduktion
- Keine Einbindung von Bürgerbeteiligung

# Original-Antrag

Drucksache 17/10338

Bericht der Landesregierung; Evaluation; Gesetzesfolgenabschätzung; Land-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

## **Antrag**

**des Abg. Sascha Binder u. a. SPD**

### **Landesrechtliche Dokumentations- und Berichtspflichten**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche landesrechtlichen Regelungen (insbesondere Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Erlasse, Richtlinien, Dienstanweisungen oder Geschäftsordnungen) selbst oder über Mindestanforderungen von höherrangigem Recht hinausgehende Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten festlegen; bitte unter Darstellung der landesrechtlichen Norm, differenziert nach den Geschäftsbereichen der unterschiedlichen Ministerien sowie, sofern vorhanden, der höherrangigen Regelung, die eine entsprechende landesrechtliche Norm vorsieht;
2. welchem Zweck die unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten jeweils dienen;
3. welche natürlichen oder juristischen Personen (sowohl des Privat- wie auch des öffentlichen Rechts und insbesondere Städte und Gemeinden), Vereinigungen sowie Behörden jeweils durch die unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten verpflichtet werden;
4. in welcher Frequenz die unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten erfüllt werden müssen;
5. ob und falls ja welches Medium beziehungsweise Format für die Erfüllung der unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten vorgeschrieben ist;
6. welche Sanktionen im Falle einer Nichterfüllung der unter Ziffer 1 dargestellten Dokumentations-, Berichts-, Evaluations- und/oder Mitteilungspflichten vorgesehen sind;
7. welche Personen seitens der Landesregierung in der 17. Legislaturperiode als Beauftragte mit welcher Funktion berufen wurden und welchem Ministerium diese Beauftragten jeweils zugeordnet waren.

27.3.2026

Binder, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei, Steinhülb-Joos, Fink, SPD

#### **Begründung**

Mit dem Antrag sollen die bestehenden Dokumentations-, Berichts-, Evaluations und/oder Mitteilungspflichten sowie deren Zweck und deren Auswirkungen erfasst werden. Darüber hinaus ist der Umfang des bisherigen Beauftragtenwesens der Landesregierung von Interesse.